

Während die USA und die NATO 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unübersehbare Vorbereitungen für den Dritten Weltkrieg treffen, der schnell zum finalen Atomkrieg werden könnte, haben Menschen und Organisationen, die den Frieden erhalten wollen, nichts Besseres zu tun, als sich gegenseitig zu bekriegen.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 096/15 – 07.05.15**

Wer den Frieden erhalten will, muss vor allem über die Absichten der US-Kriegstreiber und ihrer Komplizen in der NATO aufklären

Mit dem aus einer Rede Ciceros abgeleiteten lateinischen Sprichwort "Si vis pacem para bellum" (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Si_vis_pacem_para_bellum (Wenn du den Frieden willst, rüste zum Krieg) könnten nicht nur die Kriegstreiber in den USA und in der NATO ihre aktuellen Kriegsvorbereitungen beschönigen, es beschreibt auch den derzeitigen Zustand der deutschen Friedensbewegung.

Während westliche Kriegstreiber unter dem Vorwand, den Frieden sichern zu müssen, für einen großen Krieg mobilisieren, der sehr schnell zum finalen Atomkrieg werden könnte, haben seltsame "Friedensfreunde" mit gezielten Anschuldigungen und unbewiesenen Verdächtigungen einen hitzigen "Richtungskrieg" zwischen "alten" und "neuen" Friedensbewegten entfacht, der die endlich zu neuem Leben erwachte Friedensbewegung lähmt, den Kriegstreibern aber sehr willkommen ist. Die Frage "Cui bono?" (Wem zum Vorteil?) lässt sich leicht beantworten: Wer die Friedensbewegung spaltet, lässt sich entweder zum nützlichen Handlanger der Kriegstreiber machen oder steht ohnehin in deren Diensten.

Die Kriegstreiber sitzen in den USA und in der NATO

LUFTPOST-Leser wissen nicht nur, dass die Kriegstreiber in den USA und in der US-dominierten NATO sitzen, sie können es mit Hilfe vieler von uns übersetzter Artikel aus US- und NATO-Publikationen auch nachweisen. Wir haben immer wieder nachgefragt, warum die von uns zusammengetragenen Fakten vom Bundesweiten Friedensratschlag in Kassel und anderen Friedensorganisationen nicht zur Kenntnis genommen und thematisiert werden. Das und Anderes ist unter folgenden Links nachzulesen:

http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP00712_080112.pdf

http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP21512_311212.pdf

http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20713_311213.pdf

http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20814_311214.pdf

Die Friedensbewegung der 1980er Jahre (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Friedensbewegung#Gegen_den_Nato-Doppelbeschluss) konnte vor allem deshalb so viele Menschen auf die Straße bringen, weil es ihr gelungen ist, die Bevölkerung über die mit der Aufstellung neuer US-Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper verbundenen Gefahren aufzuklären und die USA als Hauptkriegstreiber anzuprangern. Über die zahlreichen lokalen Friedensinitiativen, die vor US-Kommandozentralen und potentiellen Stationierungsorten gegen die Raketen protestierten, ließen sich dann problemlos die vielen Teilnehmer der Großdemos in Bonn, im Hunsrück und auf der Schwäbischen Alb mobilisieren.

Warum war die Friedensbewegung in den 1980er Jahren so stark?

Das breite Friedensbündnis aus alten Ostermarschierern, Gewerkschaftern, Christen, Mitgliedern verschiedener Parteien, Offizieren und Menschen, die einfach nur Angst um ihr Leben hatten, verständigte sich auf eine gemeinsame Plattform, den Krefelder Appell.

Der Atomtod bedroht uns alle Keine Atomraketen in Europa

Unter diesem Motto stand das Krefelder Forum am 15./16. November 1980. Zu den Rednern des Forums gehörten: General a.D. Gert Bastian, Prof. Dr. Dr. h. c. Karl Bechert, Prof. Dr. Gerhard Kade, Petra Kelly, D. Martin Niemöller, Klaus Thüsing MdB, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Peter Tümmers, Oberst a.D. Josef Weber sowie aus den Niederlanden Wim Albers, Abgeordneter des Europaparlaments, und General a.D. M. H. von Meyenfeldt.

Die 1000 Teilnehmer stimmten der folgenden Erklärung zu:

Immer offensichtlicher erweist sich der Nachrüstungsbeschuß der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen.

Ein Jahr nach Brüssel ist noch nicht einmal der Beginn solcher Verhandlungen in Sicht. Im Gegenteil: Der neugewählte Präsident der USA erklärt unumwunden, selbst den bereits unterzeichneten SALT-II-Vertrag zur Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen nicht akzeptieren und deshalb dem Senat nicht zur Ratifizierung zuleiten zu wollen.

Mit der Verweigerung dieser Ratifizierung durch die USA würde jedoch die Aussicht auf Verhandlungen zur Begrenzung der eurostrategischen Nuklearwaffen unvermeidbar in noch weitere Ferne rücken. Ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf könnte nicht im letzten Augenblick gestoppt werden; seine zunehmende Beschleunigung und offenbar konkreter werdende Vorstellungen von der scheinbaren Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges müßten in erster Linie die europäischen Völker einem untragbaren Risiko aussetzen.

Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellieren daher gemeinsam an die Bundesregierung,

- die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen;
- im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.

In der Öffentlichkeit wächst die Sorge über die jüngste Entwicklung. Immer entschiedener werden die Möglichkeiten einer alternativen Sicherheitspolitik diskutiert. Solche Überlegungen sind von großer Bedeutung für den demokratischen Prozeß der Willensbildung und können dazu beitragen, daß unser Volk sich nicht plötzlich vollzogenen Tatsachen gegenübergestellt sieht.

- Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgerufen, diesen Appell zu unterstützen, um durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die
- eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA nicht zuläßt;
- Abrüstung für wichtiger hält als Abschreckung;
- die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert.

(Bitte einsenden an: Josef Weber c/o DFU, Amsterdamer Straße 64, 5000 Köln 60)

Ich schließe mich dem Appell an die Bundesregierung an,

- die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen;
- im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.

Name:

Anschrift:

Beruf / Funktion:

.....
Datum

.....
Unterschrift

Der eigentliche Appell (der in der Kopie direkt über dem Feld für die Daten des/der Unterzeichnenden steht) war sehr kurz und bot gerade deshalb gute Möglichkeiten für Gespräche an Infoständen, die meist mit der Unterschrift der Angesprochenen endeten.

Die Einzelpersonen und Organisationen, die sich auf den "Minimalkonsens" Krefelder Appell verständigt hatten, waren ansonsten sehr unterschiedlicher Meinung und trugen ihre unterschiedlichen Ansichten auch ständig in heftig geführten Kontroversen aus. Trotzdem sammelten sie fast alle Unterschriften unter den Krefelder Appell (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Krefelder_Appell). Obwohl über vier Millionen Menschen den Appell unterschrieben haben, konnte damit nicht verhindert werden, dass die US-Raketen und Marschflugkörper ab 1983 stationiert wurden; er trug aber sicher dazu bei, dass sie bereits ab 1987 wieder abgezogen wurden.

Warum ist die Kriegsgefahr heute größer als in den 1980er Jahren?

Heute ist die Kriegsgefahr noch viel größer, als sie zu Beginn der 1980er Jahre war. In den logistischen Strukturen, die Kriegstreiber in den USA und der NATO für einen Krieg gegen Russland aufgebaut haben, spielt die Bundesrepublik Deutschland immer noch eine zentrale Rolle. Zahlreiche Belege dafür sind nachzulesen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20714_291214.pdf .

Das US-Repräsentantenhaus hat mit seiner Resolution 758 faktisch zum Krieg gegen Russland aufgerufen. Eine Übersetzung dieser Resolution ist nachzulesen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP19814_141214.pdf und eine wichtige Einschätzung dazu unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20614_261214.pdf . Die Merkel-Regierung versucht zwar den Eindruck zu erwecken, sie wolle den Frieden erhalten, um die Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu beruhigen, die Kriegseinsätze der Bundeswehr und vor allem einen neuen Krieg gegen Russland strikt ablehnt. Trotzdem werden Frau Merkel und Herr Steinmeier im Ernstfall "nibelungentreu" an der Seite der "US-Schutzmacht" stehen und sowohl das Territorium und den Luftraum der Bundesrepublik als auch die gesamte Bundeswehr für den Überfall auf Russland zur Verfügung stellen (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP19914_151214.pdf). Auch deshalb lässt Frau von der Leyen bei der Industrie eingelagerte – also bereits bezahlte – Panzer "zurückkaufen" (s. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-04/leopard-panzer-bundeswehr-von-der-leyen>).

Mit den als "Manöver" getarnten Aktivitäten der Streitkräfte der USA und der NATO, die immer näher an die Grenzen Russlands heranrücken, hat die Mobilmachung für den Dritten und vermutlich letzten – weil atomaren – Weltkrieg bereits begonnen. Wichtige Belege für diese These sind nachzulesen unter

http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP19714_121214.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP00615_100115.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP01015_140115.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP01115_160115.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP01215_180115.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP02215_010215.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP02315_020215.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP02615_050215.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP02715_060215.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP03015_100215.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP03515_150215.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP04215_240215.pdf

http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP04715_030315.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP04715_030315.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP05115_090315.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP05615_150315.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP05815_170315.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP05915_180315.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP06515_270315.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP06915_010415.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP07215_060415.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP07415_100415.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP07515_120415.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP07615_130415.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP08315_210415.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP08615_240415.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP08815_270415.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP08915_280415.pdf

Der Raketenabwehrschild der NATO, den die US-Streitkräfte auch ohne Zustimmung der NATO betreiben können, ist bereits betriebsbereit

Bei den Vorbereitungen für den Krieg gegen Russland spielt die Errichtung des "Raketenabwehrschildes" der USA und der NATO eine herausragende Rolle. Wichtige Informationen dazu sind nachzulesen unter

http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP03512_040212.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP09212_070512.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP24210_271210.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP19211_271011.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP22511_011211.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP05412_020312.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP03213_100313.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP10713_030813.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP17013_061113.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP03414_240214.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP16614_241014.pdf
http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP05015_080315.pdf

Im Hauptquartier aller NATO-Luftwaffen, dem AIRCOM Ramstein, wurde die Befehlszentrale für den Raketenabwehrschild der USA und der NATO eingerichtet. Bei Kaiserslautern betreibt das 10th Army Air and Missile Defense Command /AAMDC (das 10. Luft- und Raketenabwehr-Kommando der U.S. Army) eine eigene Befehlszentrale, die den Raketenabwehrschild völlig unabhängig von der NATO kontrollieren kann (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP16212_120912.pdf).

Die Raketenabwehr in Europa wird phasenweise aufgebaut. Zur Zeit können sich die Befehlszentralen in Ramstein und Kaiserslautern auf zwei spezielle Radarsysteme in der Türkei und in Rumänien, auf drei (später vier) im spanischen Rota stationierte US-Lenkwarfenzerstörer, die mit dem Aegis-Raketenabwehrsystem ausgerüstet sind, sowie auf weiterentwickelte Patriot-Luftabwehrraketen stützen. Die sollen durch in Rumänien und Polen stationierte landgestützte Aegis-Abwehrsysteme ergänzt und später durch das mobile Thaad-System ersetzt werden. Da die Phase I des Aufbaus des Raketenabwehrschildes bereits abgeschlossen ist und die Phase II noch 2015 abgeschlossen sein wird (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP03512_040212.pdf), ist die Gefahr, die

von in Europa stationierten US-Raketen ausgeht, heute viel größer, als sie in den 1980er Jahren war, weil ein atomarer US-Erstschlag gegen Russland jederzeit stattfinden könnte. Da der Abwehrschild die russischen Interkontinentalraketen abfangen soll, die einen atomaren Erstschlag der USA überlebt haben, müssen seine Befehlszentralen auf der Air Base Ramstein und auf der Vogelweh bei Kaiserslautern und die Radarstationen in Rumänien und in der Türkei sofort von russischen Raketen ausgeschaltet werden, wenn sich die US-Langstreckenraketen im Anflug auf Russland befinden. Damit wäre nicht nur die gesamte Bundesrepublik Deutschland, sondern ganz West- und Mitteleuropa sofort Kriegsgebiet und atomares Schlachtfeld.

Was muss die Friedensbewegung in dieser "weltbrandgefährlichen" Situation tun?

Die Deutschen und ihre europäischen Nachbarn müssen sofort durch die Verbreitung nachprüfbarer Fakten – die u.a. in der LUFTPOST verfügbar sind – umfassend über die akute Kriegsgefahr informiert werden. Ein "Austritt aus der NATO" wäre zwar wünschenswert, schon vorher könnte aber der "Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland" gekündigt werden, weil dann alle US-Basen in der Bundesrepublik innerhalb von zwei Jahren geschlossen und alle US-Truppen im gleichen Zeitraum abgezogen werden müssten (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_05/LP01805_010705.pdf). Ausufernde Diskussionen über diese und andere Zielsetzungen können sich Personen und Organisationen, die den Frieden tatsächlich erhalten wollen, in der derzeitigen Situation aber nicht leisten, weil sie nur spalten, von der akuten Kriegsgefahr ablenken und damit den Kriegstreibern in die Hände spielen.

Wir brauchen sofort ein bundesweites und möglichst bald ein europaweites

Bündnis "Nie wieder Krieg – für den Frieden auf die Straße"

das sich schnellstens auf nationaler Ebene auf einen Minimalkonsens verständigen muss, mit dem sich über landesweite Unterschriftenaktionen die jeweiligen Bevölkerungen mobilisieren lassen, damit sich ihre Parlamente endlich zum Widerstand gegen die Kriegstreiber in den USA und in der NATO aufraffen.

Für die Bundesrepublik Deutschland gibt es bereits einen solchen Minimalkonsens – den "Ramsteiner Appell" (s. <http://ramsteiner-appell.de/index.php>), auf den sich schon im Juni 2006 Bürgerinitiativen aus der Westpfalz und bundesweite Organisationen (s. <http://ramsteiner-appell.de/organisationen.php>) verständigt haben. Er ist heute aktueller denn je und kann jederzeit online und auf Listen unterzeichnet werden, die über <http://ramsteiner-appell.de/dl/ramsteiner-appell-formular.pdf> herunterzuladen sind. Der nachfolgend abgedruckte Appell wurde bisher von 11.269 um den Frieden besorgten Mitmenschen unterschrieben.

Ramsteiner Appell

Angriffskriege sind verfassungswidrig – von deutschem Boden darf kein Krieg ausgehen!

Wir Bürgerinnen und Bürger fordern alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, die Nutzung von Militärbasen auf unserem Territorium und die Einbeziehung des Luftraums über der Bundesrepublik zur Vorbereitung und Führung von völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskriegen sofort durch einen Beschluss unserer Volksvertretung zu verbieten, wie es der Artikel 26 unseres Grundgesetzes zwingend vorschreibt.

Gerade weil diese Forderung so allgemein gehalten ist und trotzdem die meisten aktuellen Forderungen abdeckt, weil sie leicht verständlich und rechtlich unanfechtbar ist und Ramstein und seine US Air Base mittlerweile bundesweit bekannt sind, müssten in kürzester Zeit sehr viele Unterschriften zusammenkommen; wenn alle um den Frieden besorgten Menschen und Organisationen auf ihren Mahnwachen, an ihren Infoständen, bei Veranstaltungen und Demonstrationen und über ihre Websites und Facebook Accounts Unterschriften sammeln, könnten diese in kürzeren oder längeren Abständen von "offiziellen" Delegationen der Friedensbewegung an den Petitionsausschuss des Bundestages übergeben werden.

Zur Organisationsstruktur der Friedensbewegung

Die bisherigen Vorschläge beinhalten bereits einen Vorschlag für eine künftige Organisationsstruktur der Friedensbewegung, die dafür sorgen könnte, dass sie wirklich wieder etwas bewegt. Zum Glück gibt es jetzt neben den schon länger bestehenden lokalen Friedensinitiativen auch viele neu entstandene Montagsmahnwachen, denen unserer Meinung nach zu Unrecht unterstellt wird, sie seien alle rechtsgerichtet oder von Neonazis unterwandert. Friedensfreunde, die meinen, dass dort – vielleicht von dafür abgestellten V-Leuten oder verbeamteten Provokateuren – gemachte Äußerungen richtig gestellt werden müssten, können das ja tun oder eigene Mahnwachen organisieren.

Diese lokalen Initiativen und Mahnwachen, sollten mit Veranstaltungen, Infoständen oder umgehängten Infotafeln faktengestützte Aufklärung über Militäranlagen vor Ort, die wachsende Kriegsgefahr und die Kriegstreiber in den USA und in der NATO betreiben und möglichst viele Unterschriften unter den Ramsteiner Appell sammeln.

Wenn es ihnen gelingt, genügend friedfertige Protestierende zu mobilisieren, können sie auch mit den Ordnungsbehörden und der Polizei abzustimmende lokale Demos oder Aktionen durchführen, die unbedingt so ablaufen müssen, dass niemand strafrechtlich belangt werden kann, weil das nur viel Kraft, Zeit und Geld kostet, die dringend für völlig legale und deshalb die Kriegstreiber viel stärker behindernde Aktivitäten gebraucht werden. Wer sich vor Strafverfolgung und Prügelattacken der Polizei schützen will, muss wirksame Vorkehrungen treffen, damit sich nicht dafür abgestellte, häufig schwarz gekleidete und maskierte "Friedenskämpfer" in gewaltfreie friedliche Aktionen einschleichen und den Mainstream-Medien die Schlagzeilen liefern können, die der Friedensbewegung schaden und ihre Forderungen diskreditieren sollen.

Bestehende übergeordnete Friedensorganisationen sollten lokale Anliegen und Aktivitäten stärker als bisher unterstützen und zu zentralen Kundgebungen und Demonstrationen bündeln, die sich weniger gegen militärische Einrichtungen als gegen die Parlamente, Regierungen und Behörden richten müssen, die den vielfältigen Kriegsvorbereitungen auf deutschem Boden tatenlos zusehen oder sie sogar noch fördern. Solche Großveranstaltungen müssen rechtzeitig bekannt gemacht und so gut vorbereitet werden, wie das die Großdemos in den 1980er Jahren waren. Weil Berlin zwar immer eine Reise wert, die Anreise aber für viel zu viele Menschen zu teuer oder zu beschwerlich ist, sollten dezentrale Großveranstaltungen auch in Hauptstädten der Bundesländer stattfinden, in denen sich wichtige Militärbasen befinden, zum Beispiel in Stuttgart (EUCOM und AFRRICOM), Mainz (USAFE-AFARICA und AIRCOM auf der Air Base Ramstein), Wiesbaden (USAREUR und NSA), Bonn (wichtige Abteilungen des Bundesministeriums der Verteidigung) und München (US-Hubschrauber in Ansbach und US-Truppenübungsplätze in Bayern).

Für die Koordinierung größerer regionaler oder zentraler Aktivitäten sollte schnellstmöglich ein Organisationsausschuss aus Vertretern von Organisationen der "alten" und der "neu-

en" Friedensbewegung gebildet werden, dem auch Menschen angehören müssen, die in der Lage sind, die vielfältigen Möglichkeiten des Internets für die Friedensarbeit besser zu nutzen.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern